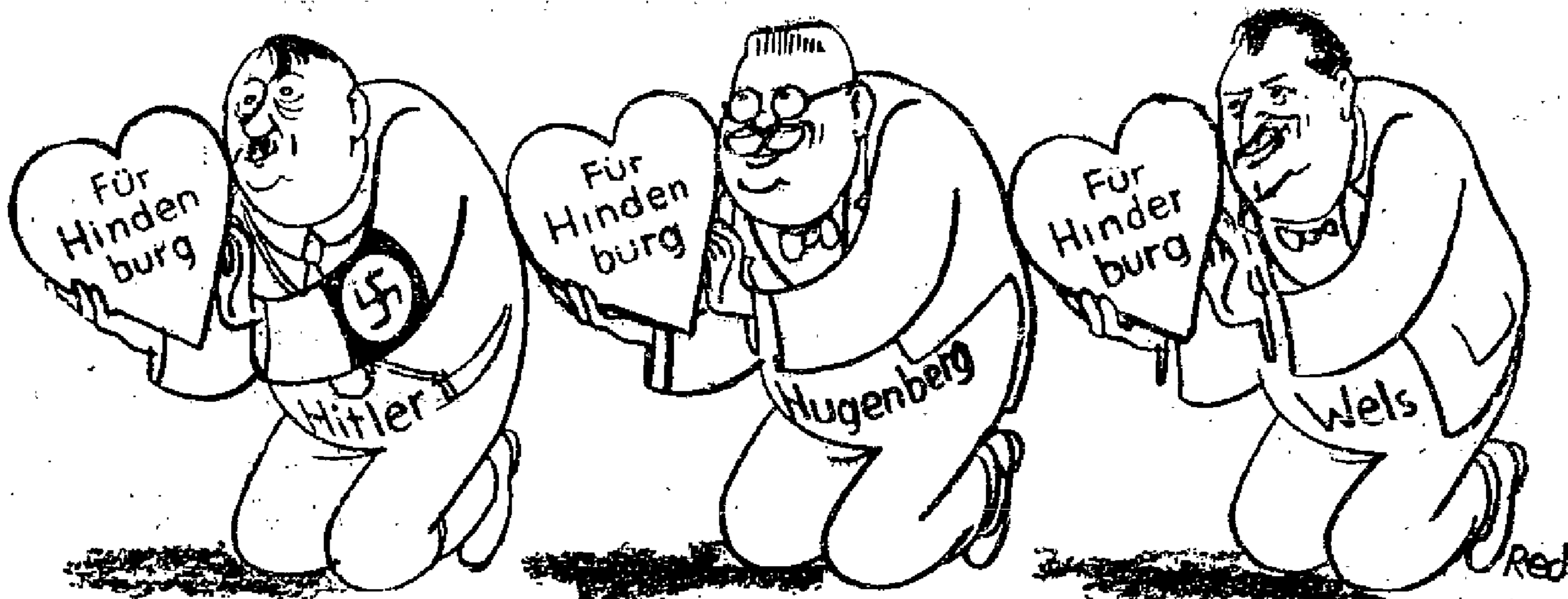


Zu Hindenburgs Füßen



Drei Herzen im Dreivierteltakt...

Notverordnung, der Jungpolitik, der faschistischen Entrechtung gegen die ganze kapitalistische Diktatur entfallen hat.
Die Einleitung der Massenmobilisierung zu den Präsidentschaftswahlen steht im Zeichen der Fortsetzung unserer roten Einheitsfrontpolitik, wie sie der Einheitsappell des Zentralkomitees unserer Partei an die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners entwickelte.
Sozialdemokratische Arbeiter, her zu uns in die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnabbau und faschistischen Terror, her zu uns im brüderlichen Bündnis in allen Tageskämpfen, her zu uns zur gegenseitigen Hilfe gegen jeden Angriff des Klassenfeindes — das heißt jetzt auch bei den Präsidentschaftswahlen:

Der zur Front des roten Kandidaten der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann! Kampferklärung gegen die Hindenburgische Notverordnungsfrent von Wels über Brüning bis Hitler!

Hindenburgwahl unter Gehlers Führung „Aberparteilicher“ Ausschuss für Hindenburg-Kandidatur

Hindenburg hat gestern dem Reichsanwalt Brüning mitgeteilt, daß er keine weiteren amtlichen Bemühungen für seine Kandidatur wünsche, sondern daß die Frage seiner Kandidatur einem „überparteilichen“ Ausschuss übertragen werden solle. Als Vorsitzender dieses Ausschusses wird bereits der frühere Reichswehrminister Gehler genannt.

Nach Hugenberg hat nunmehr auch Hitler in einem Schreiben an Brüning mit „verfassungsrechtlichen“ Bedenken die Verlängerung von Hindenburgs Amtsdauer durch den Reichstag abgelehnt.

Die SPD. ist über den Ausgang des Präsidentschaftskampfs ziemlich betrübt, weil den SPD.-Führern zweifellos eine Wiederwahl Hindenburgs im Reichstag gelegen gewesen wäre. Aber der geführte „Vorwärts“ gibt bereits zu verstehen, daß auch die SPD. nichts dagegen einzuwenden hat, wenn Hindenburg als gemeinsamer Kandidat aller Parteien gegen den kommunistischen Kandidaten Thälmann im Stimmzetteltourenkampf aufgestellt wird.

40-Stunde-Woche bei vollem Lohnausgleich bei der Reichsbahn

SPD.-Antrag gegen die Dienstdauerborschriften der Eisenbahner angenommen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingereicht, in welchem gefordert wird, daß die Dienstdauerborschriften, nach welchen das Betriebs- und Verkehrspersonal bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Arbeit bis zu 57 und Dienstpflichtigen bis zu 63 Stunden pro Woche leisten muß, aufgehoben werden. Die Arbeitszeit ist nach diesem Antrag auf sieben Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich zu verkürzen. Im zweiten Teil des Antrages wird verlangt, daß die Anweisung der Hauptverwaltung, nach welcher in Zukunft auf je 60 Güterwaggons bei Rangierzügen nur ein jugbegleitender Beamter entfallen soll, und an die Verrentzunge bis zu 30 Güterwaggons ohne Verstärkung von jugbegleitendem Personal angehängt werden sollen, zu verhin-dern ist.

Der im Oktober eingereichte Antrag wurde erst jetzt, nachdem der Verkehrsausschuss sich für unzuständig erklärt hatte, im Beamtensauschuss des Reichstags beraten. In der Sitzung vom 11. Januar verteidigten die Regierungsvertreter die berücksichtigten Dienstdauerborschriften u. a. mit dem Hinweis, daß schon eine Kürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 (!) Stunden erfolgt sei.

Demgegenüber vermisste Genosse Gesche auf Einparungsmöglichkeiten durch Abbau der Gehälter des Generaldirektors, der Direktoren und höheren Beamten, deren Zahl trotz des Personalabbaues der unteren Beamten und Arbeiter noch erhöht wurde. Dazu kommen die Summen für Leno, Bahnschuh, Preise, militärische Übungen usw.

Nach einer Einerseits- und Andererseitsrede Scheffels, vom Einheitsverband der Eisenbahner und nach einem erfolglosen Vorstoß, die Weiterberatung und Abstimmung zu vertagen, wurde der kommunistische Antrag mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Die Eisenbahner dürfen sich natürlich nicht der Illusion hingeben, daß die Dornmüller-Bewertung den angenommenen Antrag durchzuführen werde. Die Durchführung des kommunistischen Antrags kann nur durch den entschlossensten Kampf der Eisenbahner selbst erreicht werden.

Rote Siemens-Betriebsräte gemäßigert

Genosse Sauer, Betriebsrat im Siemens-Elmo-Werk und Mitglied des Gesamtbetriebsausschusses des Siemens-Konzerns, wurde gestern striflos entlassen, mit der Begründung, daß er am 4. Januar in der Garderobe und in der Metallgießerei zum Streik aufgefordert habe.

Gestern mittag wurde im Siemens-Elmo-Werk die rote Betriebsrätin Santa Feineis striflos entlassen mit der Begründung, sie hätte zum Streik aufgefordert und vor dem Betrieb Flugblätter verteilt. Als die rote Betriebsrätin nicht sofort das Gebäude verließ, legte die Firma ihr die Werk-polizei auf den Hals, was in der Belegschaft große Empörung hervorrief.

Neue Massenentlassungen bei Siemens

Für den 13. Januar sind bei Siemens mit dem Gewerberat Verhandlungen angelegt zwecks Stilllegung des Siemens-Rundfunk-Werkes und der Siemens-WG-Montage. 800 Arbeiter sollen bei der geplanten Stilllegung entlassen werden. Die Firma versucht, die Karenzzeit von vier Wochen zu umgehen. Die Reformisten mußten zugeben, daß bereits 700 Arbeiter entlassen sind.

Freilassung von Claus Heim abgelehnt

Der Rechtsausschuss des preussischen Landtags lehnte am Dienstag nach einer längeren Diskussion den Antrag der kommunistischen Fraktion, den Bauernführer Claus Heim aus der Haft zu entlassen, ab. Die SPD. stimmte selbstverständlich gegen den kommunistischen Antrag.

SPD. verhindert Reichstagsseinberufung

Nazis und SPD. stützen die Brüningpolitik mit verteilten Rollen

Der Restbestand des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstags, der eingebracht war, um zu dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom 1. und 8. Dezember, zu einer ständigen und wirtschaftspolitischen Aussprache und zu einer außerpolitischen Debatte Stellung zu nehmen. Genosse Torgler begründete den Antrag, indem er darauf hinwies, daß sich inzwischen die ungeheuren Auswirkungen der Notverordnung vom 8. November in Gestalt des 10- bis 15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbaues, des Abbaues der sozialen Einrichtungen und den übrigen die Massen in der schwersten Weise befallenden Maßnahmen gezeigt haben. Der

kommunistische Antrag auf Aufhebung dieser Notverordnung entspricht also den Lebensinteressen des werktätigen Massen.

Nachdem die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärt hatten, daß für sie mit Rücksicht auf die außenpolitischen Verhandlungen keine Veranlassung zur vorzeitigen Einberufung des Reichstags bestehe, wurde der kommunistische Antrag auf Reichstagsseinberufung abgelehnt. Außer den Kommunisten stimmten nur noch die Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen für die Einberufung, nachdem diese Demagogen sich vergewissert hatten, daß eine Mehrheit gegen den kommunistischen Antrag vorhanden war.

Hauptkraft auf die Betriebe!

Großberliner Parteiarbeiterkonferenz überfüllt — Genosse Ulbricht über unsere Aufgaben Präsidentschaftskandidatur des Genossen Thälmann mit enthusiastischem Beifall begrüßt

Bereits um 7 Uhr war der große Saal der Kommerzale in der Leddow-Straße mit den Massen der Berliner Funktionäre aus Betrieben und Wohngebieten überfüllt. Die Konferenz wurde politisch gespickt. Von den Reden leuchteten die Lösungen, von denen die Parteiarbeiterkonferenz beherrscht wurde: „Jeder Betrieb eine rote Burg“ — „Jeder Kommunist ein Führer der Massen“ — „Hebung des theoretischen Niveaus der Partei durch Massenabonnement der „Internationale“.

Genosse Walter Ulbricht stellte in glänzender Weise die grundlegenden Probleme, die der Brief des Genossen Stalin aufgerollt, und behandelte dann den Artikel des Genossen Thälmann im Zusammenhang mit den aktuellen Aufgaben der Berliner Parteiorganisation zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Periode ist die Eröberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zum täglichen Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Die Streikbewegung in den ersten Januartagen hat alle starken Seiten, aber auch alle Fehler und Schwächen opportunistischer Abwechslungen in unserer Partei, sowie den faulen Liberalismus, der teilweise in unseren Reihen gegenüber der konterrevolutionären Theorie des „kleineren Übels“ herrscht, auf-

gedeckt. Hiergegen muß sich das Trommelfeuer unserer bolsche-wistlichen Selbstkritik richten.

Aus unserer Lösung „Klasse gegen Klasse“ ergibt sich die konkrete Aufgabe, unsere Hauptkraft auf die Betriebe zu konzentrieren.

Unsere Betriebszellen müssen die Führer der Arbeiter-schaft in allen Tagesbedürfnissen der Arbeiter sein. Unsere Betriebszellen sind noch nicht genügend zum Zentrum der Partei geworden, und in den Betrieben noch in ungenügendem Maße Führer der Massen. Der Auftrag des Genossen Thälmann, unsere scharfe Selbstkritik in der Resolution der Berliner Bezirksleitung werden dazu dienen, unsere Arbeit in kürzester Zeit auf eine Höhe zu heben, wo eine breite Welle politischer Massenstreiks durch Deutschland geht und wir höhere Aufgaben stellen können.

Die Mitteilung des Genossen Ulbricht über den heutigen Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Genossen Thälmann als Kandidaten der Arbeiterklasse dem Kandidaten des Finanzkapitals von NSDAP. bis SPD. bei der Reichspräsidentenwahl gegenüberzustellen, wurde von der Konferenz mit minutenlangem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion, die bei Reaktionschluß noch andauert, kommen vor allem Vertreter der Berliner Großbetriebe zu Wort.

Neue Streikwelle im Reich

Bergarbeiter erzielen durch passive Resistenz Lohnerrhöhung — Auch Landarbeiter im Streik

Düsseldorf, 12. Januar. Die Arbeiter des Betriebes Südele in Hohenlimburg haben den Lohnabbauversuch des Unternehmers abgelehnt. Angesichts des einmütigen Streikwillens mußte der Unternehmer sich verpflichten, die alten Löhne weiter zu zahlen. Im Betrieb Willestein hatten die Kollegen beschlossen, am 11. Januar in den Streik zu treten. Daraufhin verpflichtete sich der Unternehmer, bei den Tagelöhnern keinen Lohnabbau und bei den Akkordlöhnern kein Lohnabbau vorzunehmen. In Betrieb Schütte und Meyer, Reimath, mußte sich der Unternehmer ebenfalls verpflichten, keinen Lohnabbau vorzunehmen.

Halle, 12. Januar. Eine Belegschaftsversammlung der Zigarettenfabrik Wälsch beschloß einmütig den Kampf gegen jeden Lohnabbau. Unter dem Eindruck des starken Kampfwillens der Belegschaft erklärte die Generaldirektion, daß der bestehende Lohnsatz bis zum 1. Februar 1932 bestehen bleibt.

Auf den Gruben des Kaliwerkes Krügershall sind die Bergleute zur passiven Resistenz übergegangen, weil die Direktion einen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung anordnete. Unter dem Einfluß der passiven Resistenz wählte sich die Direktion bereit erklärt, einen Teil der Forderungen der Belegschaft zu erfüllen und die Gehaltelöhne um vier Pfennig pro Wagon zu erhöhen.

Halle, 12. Januar. Am 11. Januar traten die Landarbeiter

des Gutes Stern, Halberstadt, gegen einen Lohnabbau von 20 Prozent in den Streik. Der Angehörte des reformistischen Landarbeiterverbandes Köhlig versuchte vergeblich, den Streik-ausbruch zu verhindern.

Auf den Gütern Priester und Krosigk traten die Landarbeiter ebenfalls am 11. Januar in den Streik. Vor den Gütern sind Wagnitzkeilposten aufgezogen. Die Junker erklärten, daß sich die Gutstätte als entlassen zu betrachten haben.

Leipzig, 12. Januar. Seit heute mittag streifen die Tiefdrucker der Deutschen Mignon-Berle und der Firma Brandstätter. Bei der Firma Mignon traten die Arbeiter in den Streik, weil eine geforderte Lohnerrhöhung nicht bewilligt wurde. Die Firma Brandstätter übernahm darauf die Arbeiten der Mignon-Werke, worauf die Tiefdrucker der Firma Brandstätter aus Solidarität den Streik aufnahmen.

Da zu vermuten ist, daß die Firma Brandstätter ihre Aufträge nach Berlin vergibt, erfordern die streikenden Tiefdrucker ihre Berliner Berufskollegen um Solidarität.

Düsseldorf, 11. Januar. (Fig. Drahtber.) Der heute abend stattgefundenen Generalappell des kommunistischen Jugendverbandes war überfüllt, so daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Wälsch drängen Parteipolitkommandos in die Versammlung und schlugen alles auseinander. Zahlreiche Jugendbische sind schwer verletzt worden. In den Straßen fanden Demonstrationen statt.